Soziales Berlin: Gemeinsam gegen Armut und für die Teilhabe aller – Was heißt das für eine grün-linke Bildungspolitik?

Als Weg „gemeinsam gegen Armut und für die Teilhabe aller“ wird nicht nur in der grün-linken Schulpolitik gefordert: Wege zur „Einen Schule für Alle“ zu finden. Übersetzt wird dies in der Regel mit der Forderung die Gymnasien abzuschaffen und nur noch Gemeinschaftsschulen oder ISS zu bilden.

Mit dieser schulorganisatorischen Maßnahme soll dann der wesentliche, wenn auch nicht vollständige Schritt für den Schulbereich getan sein, der dort für die Forderung „gemeinsam gegen Armut und für die Teilhabe aller“ gemacht werden kann.

„**Gemeinsam gegen Armut**“ – ja, aber was ist ihre Ursache und welche staatlichen Maßnahmen helfen dagegen? Im Schulbereich kann „Armut“ hilfsweise durch den Anteil der Kinder mit „Lernmittelfreiung“ abgebildet werden. Im Bezirk Neukölln lag er 2017 bei den ISS+GemS zwischen 89,1% und 24,0%, im Schnitt bei 67% und an den Gymnasien zwischen 83,9% und 20,3%, im Schnitt bei 46%. **Gäbe es in Neukölln nur eine Schulart für alle läge der Anteil bei 60%**. Gegen Armut ist damit wenig bzw. gar nichts getan!

„Armut“ ist aber der entscheidende Faktor, ob die Kids auf der Schule erfolgreich sind, also wenigstens einen Schulabschluss erhalten. Das ist auch eine wesentliche Voraussetzung für „Teilhabe für alle“. Während der Anteil der Schüler*innen ohne Abschluss an der Fritz-Karsen-Gemeinschaftsschule bei 10% liegt, ist er bei dem benachbarten Campus Efeuweg (Gemeinschaftsschule) mit 32% besonders hoch. Diese Unterschiede gibt es auch bei benachbarten ISS: Bei der Helmholtz-ISS beträgt der Wert auch 10% und bei der Nobel-ISS 38%. Alle Schulen liegen dicht bei einander, neben inneren pädagogischen Unterschieden spielt der unterschiedliche soziale Background der Kids die entscheidende Rolle.

Meine These ist:

Um die mit „Armut“ verbundenen geringeren Lebenschancen der Kinder und Jugendlichen auszugleichen, bedarf es des gemeinsamen Handelns von Jugend- und Schulamt. **Nur das kann wirklich helfen**, weitere schulorganisatorische Maßnahmen wie die Schaffung einer „Schule für alle“ können das unterstützen. Es bedarf der **Schaffung eines gemeinsamen „Jugend- und Schulamtes für alle“**, in dem an einer Stelle Verantwortung wahrgenommen und Ressourcen gebündelt werden für:

- die Ausstattung der Schule und ihrer Qualität,
- die Lebenssituation der Kinder und ihren Schulerfolgen und
- die Lebenssituation der Familien.

Damit der Weg „gemeinsam gegen Armut und für die Teilhabe aller“ im Bildungsbereich erfolgreich besritten werden kann, bedarf es eines gemeinsamen „Jugend- und Schulamtes für alle“, damit auch in der „Einen Schule für alle“ die segregierenden Auswirkungen von Armut deutlich reduziert sind und „Teilhabe für alle“ tatsächlich möglich wird.

Als Erfolgsmaßstab kann gelten, dass es in Berlin keine Schule mehr gibt, von der mehr als 10% der Schüler*innen die Schule ohne Abschluss verlassen.